

Ortsamtsteam will umziehen

Umbauarbeiten am Blumenthaler Rathaus machen bisherige Bürolösung unmöglich

VON
REGINA DRIELING

Das Blumenthaler Ortsamt möchte ins benachbarte Bürgerservicecenter umziehen. Dafür soll die Senatskanzlei entsprechende Voraussetzungen schaffen.

BLUMENTHAL Jede Nutzungseinheit mit Aufenthaltsräumen muss in jedem Geschoss über mindestens zwei voneinander unabhängige Rettungswege erreichbar sein, so schreibt es die Brandschutzordnung vor.

Das Blumenthaler Rathaus entspricht dem nicht, so dass nun die Schaffung eines zweiten Rettungswegs in der ersten Etage zwingend erforderlich ist. Dazu ist geplant, auf der

Rückseite des Rathauses eine Stahltreppe anzubauen, die im Brandfall genutzt werden soll. In der ersten Etage würde der erforderliche Rettungsweg durch Raum 7 und damit mitten durch das Büro der Stadtteilassistentinnen führen. Damit die Außentreppe erreicht werden kann, muss vor das Fenster, also dort, wo sich jetzt der Arbeitsbereich einer Stadtteilassistentin befindet, ein Podium gebaut werden. Das Büro könnte nicht mehr in der bisherigen Form genutzt werden, da Schreibtische den Fluchtweg versperren würden.

Das Team um Ortsamtsleiter Peter Nowack hat sich nun Gedanken über eine mögliche Alternative gemacht, wobei den Mitarbeitern die räumliche Nähe besonders wichtig ist. Am liebsten wäre der

Mannschaft ein Umzug ins benachbarte Bürgerservicecenter, das im Mai 2011 frei wird. Darin wäre das Ortsamtsteam in einem großzügigen Raum mit variablen Wänden untergebracht. Das Gebäude ist zudem im Gegensatz zum Rathaus barrierefrei, so dass auch öffentliche Sitzungen dort abgehalten werden könnten. Ein weiterer Vorteil bestünde darin, dass das Team um Ortsamtsleiter Peter Nowack Sprechstunden- und Öffnungszeiten selber bestimmen könnte. Bislang sind die Ortsamtsmitarbeiter abhängig von den Öffnungszeiten des Rathaus-Hauptmieters, dem Jobcenter (vormals BAGIS).

Der Beirat hat angekündigt, die Variante „Umzug ins Bürgerservicecenter“ zu unterstützen und die Senatskanzlei

auffordern zu wollen, entsprechende Voraussetzungen dafür zu schaffen. Nach Informationsstand des Beirats droht diese Variante allerdings an der Haltung von Immobilien Bremen zu scheitern, die das Gebäude angeblich verkaufen und nicht vermieten will.

Das bestätigte Abteilungsleiterin Susanne Engelbertz so nicht. Man werde prüfen, was mit dem Gebäude geschehen soll, wenn die Meldestelle auszieht, erklärte Engelbertz. Eine öffentliche Nutzung hätte vielmehr auch zukünftig Präferenz. „Unsere Immobilien sind dafür da, dass sie von öffentlichen Nutzern genutzt werden“, so die Abteilungsleiterin von Immobilien Bremen weiter. Aber natürlich müsse man dabei die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten.